



MARCEL FRATZSCHER

Cannabis ist längst nicht unser größtes Drogenproblem

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin.
Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Die Teillegalisierung von Cannabis vor zwei Jahren hat die Gesellschaft gespalten. Eine ausgewogene, wenn auch bislang vorläufige Betrachtung der Zahlen deutet indes darauf hin, dass das Gesetz im Großen und Ganzen ein Erfolg ist. Der Konsum scheint nicht gestiegen zu sein. Aber es gibt ein anderes Problem: Während über Cannabis hitzig diskutiert wird, hat der Konsum von Kokain, Crack und Methamphetamin dramatisch zugenommen.

Zunächst zu den verfügbaren, eher positiven Daten: Eine DIW-Studie zeigt, dass der Konsum von Cannabis in Deutschland seit 2012 zwar geringfügig gestiegen ist, sich seit der Teillegalisierung jedoch nicht signifikant verändert hat. Es gibt also keinerlei Beleg dafür, dass die Teillegalisierung in Deutschland zu einem signifikanten Anstieg des Cannabiskonsums geführt hat. Dies wird sowohl durch Schätzungen des Umsatzes als auch durch Selbstauskünfte und Abwasserdaten bestätigt.

Wissenschaftliche Studien kommen für andere Länder, die schon viel früher Cannabis legalisiert haben, zu fast identischen Ergebnissen. In Deutschland wie auch international zeigen sich eher die Vorteile einer Legalisierung: Die Qualität hat sich verbessert, und die Zahl der Festnahmen wegen Cannabisbesitzes ist deutlich gesunken – damit fallen auch die Kosten für die Gesellschaft geringer aus. In Deutschland sind die Cannabisdelikte nach der Teillegalisierung 2024 um zwei Drittel zurückgegangen. Da der Besitz begrenzter Mengen von Cannabis nicht mehr strafbar ist, entfallen Kontrollen und Strafverfahren.

Bei der Interpretation dieser Daten ist allerdings Vorsicht geboten. Der deutliche Rückgang der Cannabisdelikte bedeutet nicht immer einen Rückgang der Beschaffungskriminalität. Aber Polizei und Justiz werden durch die Teillegalisierung entlastet und können ihre Ressourcen nun besser dort einsetzen, wo sie dringender gebraucht werden. Ein wichtiger Einwand betrifft jedoch den Jugendschutz. Die genannte DIW-Studie bezieht sich auf Daten von 18- bis 64-Jährigen und kann daher keine Aussagen über Minderjährige treffen. Doch auch der zweite Zwischenbericht zur Evaluierung von April 2026

liefert keinen Beleg, dass die Teillegalisierung gescheitert ist. Der Bericht unterstreicht auch, dass der befürchtete starke Anstieg des Konsums unter Jugendlichen nicht eingetreten ist. Allerdings kritisiert der Zwischenbericht, dass medizinisches Cannabis zu häufig für den Freizeitkonsum genutzt wird. Und auch frühe Interventionen für gefährdete Jugendliche sind zurückgegangen.

Der 2026er Bericht der Europäischen Drogenagentur (EUDA) zeigt ebenso wie andere Studien, wo das eigentliche Problem liegt: Die Menschen in Europa nehmen mehr Kokain und Crack. Wir benötigen daher in Deutschland dringend eine Neuausrichtung der drogenpolitischen Debatte. Der Streit um die Teillegalisierung von Cannabis ist kontraproduktiv, denn er lenkt von den eigentlichen Problemen ab. Das bedeutet nicht, dass wir den Cannabiskonsum ignorieren sollten, zumal die gesundheitlichen Gefahren für Jugendliche und junge Erwachsene erheblich sein können. Ein erneutes Verbot und eine politische Kehrtwende mögen bei manchen populär sein, würden jedoch wohl wenig am Cannabiskonsum verändern. Viel klüger und zielführender wäre es, Aufklärung und Prävention deutlich zu stärken.

Der Fokus der Drogenpolitik in Deutschland sollte sich stattdessen an der tatsächlichen Bedrohungslage orientieren. Kokain und vor allem Crack und Methamphetamin verursachen schwere gesundheitliche Schäden und soziale Verwerfungen. Politik, Zoll und Strafverfolgungsbehörden sollten sich viel stärker darauf konzentrieren, die Lieferketten für diese illegalen Substanzen zu unterbrechen – auch wenn dies schwierig und häufig nicht dauerhaft von Erfolg gekrönt ist. Aber auch bei diesen Drogen führt langfristig kein Weg an einer stärkeren Suchtprävention, Aufklärung und Gesundheitsversorgung vorbei.

Dieser Kommentar ist in einer längeren Version am 28. August 2026 im Rahmen von Fratzschers Verteilungsfragen online bei Die Zeit erschienen.

© © Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Anton-Wilhelm-Amo-Straße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 E-Mail: kundenservice@diw.de

93. Jahrgang 9. September 2026

Herausgeber*innen

Prof. Anna Bindler, Ph.D.; Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Sabine Zinn

Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann;
Kristina van Deuverden

Lektorat

Dr. Caroline Stiel

Redaktion

Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Adam Mark Lederer;
Frederik Schulz-Greve; Sandra Tubik

Gestaltung

Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter www.diw.de/wochenbericht
abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter
www.diw.de/wb-anmeldung

ISSN 1860-8787